

Lisa Paus
Berlin

LAG Wirtschaft

Staatsaufgabendiskussion in Richtung Wissensgesellschaft

1. In der sich intensivierenden Debatte um die Staatsaufgaben haben die Grünen sicherlich ein „Sichtbarkeitsproblem“: Wenn sie nur im Trend der Diskussion um „weniger Staat“ mit einigen „grünen“ Punkten mittun, wird ihr Votum kaum gehört und lediglich als Pflichtübung anerkannt. Notwendig wäre es, eine Position zu entfalten, die sich nachvollziehbar anders darstellt als der mainstream der beiden großen Parteien und zugleich zukunftssträftig ist, also die rasche gesellschaftliche Bewegung mit vorausdenkt und aufgreift. Ich glaube, daß eine solche wahrnehmbare Position für die Grünen darstellbar ist und will mich im Folgenden dieser annähern:

2. Vorauszuschicken ist, daß die bisherigen Versuche einer Diskussion „staatlicher Kernaufgaben“ als gescheitert angesehen wird. Eine empirische Betrachtung der Staatsaktivitäten zeigt, daß es „fast keine gesellschaftliche Aufgabe (gibt), die nicht irgendwo schon einmal entweder staatlich oder privat organisiert worden wäre. Es lassen sich keine durchgängigen Abgrenzungskriterien zwischen öffentlichen und privaten, hoheitlichen, nicht-hoheitlichen und gewerblichen Aufgaben ausmachen.“ (Naschold/Bogumil 1998). Die Frage nach den staatlichen Aufgaben ist aus sich heraus allein nicht beantwortbar.

3. Geht man davon aus, das der derzeitige Transformationsprozess in die sog. Wissens- und Informationsgesellschaft einen gewaltigen qualitativen „Vergesellschaftungsschub“ (Joschka Fischer) bedeutet, dann ist die Reduktion der Staatsaufgabendiskussion auf die beliebte Kernfrage: „Wieviel Staat wollen wir?“ (oder Abwandlungen wie: „Wieviel Staat können wir uns leisten?“) nicht ausreichend. Denn diese Fragestellung unterstellt, das die Produktion politischer Entscheidungen wie auch ihre Umsetzung in Gesetzgebungs- und Verwaltungsverfahren im Prinzip gleich bleiben, so daß die Frage nach einem mehr oder minder überhaupt erst Sinn macht.

Denn daß die Produktion von politischen Entscheidungen, daß die bürokratische Organisation von Verwaltungshandeln nicht unabhängig davon konfiguriert sind, wie diese Gesellschaft ansonsten produziert, organisiert und ihr Leben gewinnt, ist ohne weiteres klar. Geht man also davon aus, das in den Grundstrukturen alles doch gleich bleibt, das sich dieses Gleiche ein bißchen globalisiert, das überall ein bißchen weniger Bürokratie und dafür mehr Markt im Trend liegen und hoffentlich ein wenig Ökologie und Nachhaltigkeit hinzutreten, dann darf und muß man die obige Frage so stellen.

Man wird dann auch in beiden möglichen Diskussionssträngen: der Diskussion um die sog. „Leistungstiefe“ staatlichen Handelns, also der Frage nach dem „Wie“ der Erfüllung staatlicher Aufgaben, als auch in der Frage nach dem „Was“ denn nun staatliche Aufgabe sei – zu einer quantitativen Antwort kommen: weniger Staat. Denn man wird einerseits eine Änderung in der Leistungstiefe als Rückzug des Staates deuten, wie auch andererseits bei der Frage, was eigentliche staatliche Aufgaben sind, möglichst viel in eine wie auch immer geartete „Zivilgesellschaft“ verweisen.

4. Geht man aber davon aus, daß die derzeitigen Umbrüche der Gesellschaft einen tiefgreifenden Wandel der Produktions-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen bedeuten, muß auch die Frage nach dem Staat (in) der Wissensgesellschaft zuallererst eine qualitative sein. Die Frage nach der „Leistungstiefe“ weicht dann der Frage nach einem neuen institutionellen Arrangement der staatlichen Aufgabenerfüllung. Und die Frage nach den neuen Aufgaben zielt auf Antworten, die aus einer Analyse der gesellschaftlichen Erfordernisse der Wissensgesellschaft erwachsen. Weiter dazukommen muß dann eine Analyse der Möglichkeiten von Veränderungen in unserem Sinne unter den neuen Bedingungen.

5. Die Antwort auf die erste Frage, nach einem neuen Modus staatlicher Aufgabenerfüllung ist, wie Camilla darlegt, inzwischen ins Zentrum der Diskussion gerückt. Allerdings ist es nicht unerheblich, mit welcher Begründung man eine staatliche Auftragsvergabe als sinnvoll

postuliert. Will man nämlich weniger Staat, so stehen diverse Formen der Auslagerung von Leistungserbringung zur Verfügung. Der Staat wird als ein Akteur gesehen, der neben den anderen Wirtschaftsakteuren einen gewissen Raum einnimmt, und dieser Raum soll sich verringern. Die Akteure stehen gewissermaßen nebeneinander, die zu verschiebende Schnittstelle (gedacht als Strich dazwischen) verläuft im wesentlichen vertikal.

Anders sieht die Sache aus, wenn man nicht weniger Staat, sondern einen anderen Staat mit dieser Neukonfigurierung verbindet: In diesem Falle verläuft besagter Strich horizontal; „oben“ ist gewissermaßen ein headquarter, welches die Aufgaben ausschreibt und finanziert, „unten“ sind die im Wettbewerb stehenden Anbieter. Im ersten Falle geht man davon aus, daß der Staat seine Infrastruktur- oder Stabilisierungsleistung nach wie vor dadurch erbringt, daß er die Leistung erstellt, nur eben weniger. Besonders im angelsächsischen Raum ist dieses Modell verbreitet: 90% der Müllabfuhr werden privatisiert, 10% bleiben staatlich. Damit sollen die Regulierungsbedarfe der öffentlichen Hand weiterhin über Leistungserstellung abgedeckt werden und gleichzeitig eine Versicherung geschaffen werden: Zur Not kann der staatliche Teil ja wieder wachsen.

Im zweiten Falle wird die Aufgabenteilung funktionell neu differenziert: die öffentliche Hand mischt nicht als ein Akteur zwischen vielen privaten mit, sondern macht etwas ganz anderes: sie gewährleistet, schreibt aus, finanziert, kontrolliert.

6. Bei der Diskussion der Vorzüge und Nachteile von horizontaler bzw. vertikaler Schnittstelle sollte folgendes bedacht werden: das angelsächsische Modell von Deregulierung und Privatisierung ist eben auch genau ein solches; außerdem waren sie die ersten; d.h. in einer Welt, in der die Leistungserstellung durch den Staat noch als Normalform gesehen wurde, geriet der staatliche Rest-Akteur in keine Zwickmühle. Inzwischen – für den „Nachzügler“ Deutschland – ergeben sich doch erhebliche Probleme, wenn diejenigen, die vorher in staatlichem Rahmen Leistungen erbracht haben, nun im Wettbewerb mit originär privaten stehen. Einerseits gibt es die Tendenz der nationalen und europäischen Wettbewerbshüter, spezifische Schutzmechanismen nicht zuzulassen, weil diese wettbewerbsverzerrend wirken. Andererseits drohen die Öffentlichen im Wettbewerb schwer unter die Räder zu kommen, weil die Rückstände sich inzwischen aufsummiert haben.

Auch von daher erscheint die zweite Variante klarer und vorteilhafter.

7. Wichtiger aber ist, daß, wenn wir nicht „materielle Privatisierung öffentlicher Aufgaben“ und „Rückbau des Staates“, sondern „Wiederherstellung seiner Leistungs- und Steuerungsfähigkeit“ darüber wollen, daß die öffentlichen Dienstleistungen „mit den effektivsten Mitteln“ erbracht werden, wohl nur die zweite Variante in Frage kommt.

Wir sollten deutlich machen, daß sich für uns die Fragestellung einer Aufgabendefinition von Staat und Gesellschaft eben nicht auf einen reinen Verschiebebahnhof von Verantwortlichkeiten zwischen Staat und einer wie immer gearteten Zivilgesellschaft reduziert.

8. Wenn wir das Bestreben haben, unsere Vorstellungen einer Reform der Staatsaufgaben (jenseits des Modus der Erstellung) dahingehend zu profilieren, daß sie nicht als Resultat von Finanzierungsengpässen, sondern als notwendige Begleitung des Wandels zur Wissensgesellschaft wahrgenommen wird, müssen wir, auch wenn die Debatte dazu erst in den Anfängen steckt, doch zumindest ansatzweise skizzieren, welche Aufgaben im Moment absehbar sind und hier hinzukommen. Mit der rasanten Kommerzialisierung von Kommunikation und Information entsteht eine ganze Welt neuer Wertschöpfung, neuer Ansprüche und Rechte. Hier ist der Staat neu gefragt. Dabei kann konkret angeknüpft werden an die intensive öffentliche Wahrnehmung der Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Diese strategisch neue Form der Staatsfinanzierung ist ja praktisch an die neu entstehenden Möglichkeiten geknüpft, auch wenn es mit etwas Phantasie für „alte“ Bereiche (z.B. Versteigerung der Fernsehrechte) ebenfalls gehen würde.

9. Der neue Produktionsfaktor der Wissensgesellschaft ist jedoch der ganze Mensch mit allen seinen Fähigkeiten zur Neugierde, Kreativität und mentaler Leistung. Da die Wissensgesellschaft also nur auf der Basis von Eigenschaften funktionieren kann, die ur-menschlich sind (Kreativität, Kommunikation und Gestaltungswille) und darüber hinaus Umfeldbedingungen braucht, die ur-demokratisch sind (Freiheit der Äußerung, umfassender Zugang zu Informationen für eine breite Masse, allgemeine Lebensqualität etc.), stellt sich letztlich auch die Frage nach einer neuen sozialen Nachhaltigkeit, nämlich der Nachhaltigkeit im Umgang mit diesen leider immer begrenzten menschlichen Ressourcen und demokratischen Lebensbedingungen. Damit ist auch der Erfolg derjenigen, die sich heute in der Wissensgesellschaft alleine und individualisiert stark fühlen, langfristig von der Nachhaltigkeit der notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Diese vermeintlichen Einzeltäter verdanken ihren Erfolg nicht nur ihrer eigenen Leistung, sondern sind selbst Produkte ihrer Gesellschaft. Dies wird so bleiben. Die Umfeldbedingungen derjenigen, deren Beitrag zur Wertschöpfung der Wissensgesellschaft heute nicht sichtbar ist, muß damit wieder in den Blickwinkel der Gesellschaft rücken.

10. Unsere Position bzw. Positionsfindung sollte also wegführen von einer Debatte um mehr oder weniger Staat. Tatsächlich verstellt diese Diskussion nur die Möglichkeit einer rationalen Staatsaufgabenreform. Diese sollten wir konsequent begründen aus den Notwendigkeiten, aber auch emanzipatorischen und ökologischen Möglichkeiten der stattfindenden durchgreifenden gesellschaftlichen Veränderung. D.h. aber auch, daß wir uns davor hüten sollten, (vielleicht notwendige) Streichkonzerte in einen Zusammenhang mit veränderter Wahrnehmung von Staatsaufgaben zu bringen – selbst wenn dies im Einzelfall sogar nahe liegen mag. Die veränderte Durchführung staatlicher Aufgaben ist effizienzsteigernd und damit auch kostensenkend, aber ebenso wichtig ist für uns das Motiv der Rückgewinnung politischer Gestaltungsfähigkeit.